

# Holzarbeiter-Zeitung

## Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erkenntnis wöchentlich am Sonnabend.  
Erlaubnispreis 5 RM pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
den Postamt. Für Verbandsmitglieder ermäßigter Preis.

Verantwortlich für die Redaktion: R. Kasper, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrunn, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO 18, Am Röntgenpark 2.

Inserte für die vierseitigen Zeitspalten oder deren Raum 1 RM  
Arbeitsvermittlungen 2 RM pro Zeile.  
Verbandsangelegenheiten 75 Pf. pro Zeile.

### Organisationsprobleme

Der Streit um die beste Form der gewerkschaftlichen Organisation ist so alt wie die Gewerkschaften selbst. Schon auf dem Allgemeinen deutschen Arbeiterkongress im Jahre 1868, auf welchem die Gründung zentralisierter Gewerkschaften beschlossen wurde, beschäftigte man sich mit einem Antrag, Betriebsorganisationen zu bilden. Begründet wurde dieser Antrag mit dem Hinweis darauf, daß bei Arbeitsverhältnissen in einer Fabrik keine Einheit vorhanden sei, wenn sich die Arbeiter auf verschiedene Organisationen verteilen. Der Kongress ließ diese Bedenken nicht gelten und entschied sich für Berufsorganisationen, von denen auch sofort eine Anzahl gegründet wurde. Auch der Gedanke, die Gewerkschaften zu einer Einheitsorganisation zusammenzulegen, dem man neuerdings hin und wieder begegnet, erfreut sich bereits eines ehrwürdigen Alters. Er wurde schon auf dem Gewerkschaftskongress im Jahre 1872 vertrieben, ohne jedoch Gegenliebe zu finden.

Bereits in der vorsozialistengesetzlichen Zeit war also der beruflich gegliederte Zentralverband die normale Form der gewerkschaftlichen Organisation. Auf Grund des Sozialistengesetzes wurden fast alle Zentralverbände aufgelöst. Die Neugründung von Gewerkschaften erfolgte dann allgemein zunächst auf örtlicher Grundlage. Die Zusammenfassung der örtlichen Fachvereine zu Zentralverbänden war aber dem damaligen Gesetzeslage ein Nothwendigkeit. Es wurde allmählich und mit großer Vorsicht unternommen, und in den meisten Fällen allmählich. Allerdings mußten die Gewerkschaften sehr langsam zu arbeiten, um die Menge der Rippen zu umschiffen, die sich in ihrem Fahrwasser befanden. Da war nicht nur das Sozialistengesetz zu umgehen, sondern auch die verschiedenen Berufsvereine, die sich in ihrer Mitte befanden. In diesem Sinne mußten die Gewerkschaften sehr langsam zu arbeiten, um die Menge der Rippen zu umschiffen, die sich in ihrem Fahrwasser befanden. Da war nicht nur das Sozialistengesetz zu umgehen, sondern auch die verschiedenen Berufsvereine, die sich in ihrer Mitte befanden.

In einem großen Teil des Reiches verboten die Berufsvereine den politischen Vereinen, miteinander in Verbindung zu treten. Das zwang die Zentralverbände, die Erörterung politischer Angelegenheiten aus ihrem Aufgabebereich auszuschließen. Um dem ewigen Volkskampf über diese Frage zu entgehen, beschloßen es manche örtlichen Fachvereine, sich den Zentralverbänden anzuschließen. Dadurch gewannen sie auf dem Gebiet der politischen Betätigung eine größere Freiheit. Später machte man aus dieser Frage, die eigentlich eine Zweckmäßigkeitfrage war, eine solche des Prinzips. Der Streit zwischen den Anhängern der Zentral- und der Lokalverbände spielte in einer gewissen Periode der Geschichte der deutschen Gewerkschaften eine große Rolle. Als nach dem Abbruch des Sozialistengesetzes die Generalkommission der Gewerkschaften ins Leben gerufen wurde, war dieser Streit noch lange nicht erloschen. Auf dem ersten Deutschen Gewerkschaftskongress in Halle im Jahre 1903 waren auch die Anhänger der Lokalorganisation vertreten, die von ihnen vorgelegte Resolution wurde jedoch abgelehnt. Der Kongress sprach sich für die Zentralorganisation aus und empfahl die Bildung von Unionen der Verbände verschiedener Berufsgruppen als Überanstrengung zur Bildung von Industrieverbänden. In der Folgezeit verloren die Lokalvereine immer mehr an Bedeutung. Ihre Reste haben sich noch bis zum Ausbruch des Weltkrieges erhalten. Für die eigentliche Gewerkschaftsbewegung kamen sie jedoch kaum noch wirklich in Betracht. Die Worte waren um so kahl, je geringer die dahinter liegende Macht war.

Die Zentralverbände haben die vom Halberstädter Kongress empfohlenen Schritte der Unionisierung überbrungen. Organisationen verschiedener Berufsloscher sind in Industrieverbänden zusammengefaßt. Der große Erfolg der Industrieverbände wird allgemein als erstrebenswert angesehen, doch hat sich die Entwicklung in den verschiedenen Gewerkschaften nicht in gleichem Tempo vollzogen. Heute gibt es noch Zentralverbände, die sich auf einen engen Beruf erstrecken, neben anderen, in denen der Ausbau zum umfassenden Industrieverband nahezu vollendet ist.

Der Ausbau der Zentralverbände zu großen Industrieorganisationen erfolgte nicht immer glatt und reibungslos. Die Gewerkschaftskongresse haben sich bisher stets auf den Gedanken gelehnt, daß der Beruf des einzelnen Arbeiters maßgebend ist für die Organisation, der er sich anzuschließen hat. Ebenso sollen die getrennten Arbeiter mit den verschiedenen in der gleichen Organisation zusammengefaßt werden. Das führt in der Praxis zu Unannehmlichkeiten. So ist z. B. der Fabrikarbeiter-Verband eine Organisation der sogenannten Langelerten. Zu ihm gehören auch die Arbeiter in der deutschen Industrie, die nicht eine bestimmte Fabrik, sondern eine bestimmte Branche betreiben. Die Gewerkschaften sind in der Fabrikarbeit die Fabrikarbeiter, die in der Landwirtschaft die Landarbeiter, die in der Industrie die Industriearbeiter. Die Gewerkschaften sind in der Fabrikarbeit die Fabrikarbeiter, die in der Landwirtschaft die Landarbeiter, die in der Industrie die Industriearbeiter.

Der Streit ist nur ein Beispiel dafür, daß die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse in dieser Frage keine Barre

regel bilden. Das wirtschaftliche Leben ist so vielgestaltig, daß sich in der Praxis immer wieder Gebiete zeigen, bei denen es zweifelhaft sein kann, welche Organisation für die Agitation unter einer bestimmten Arbeitergruppe zuständig sein soll. Für solche Fälle empfehlen die Statuten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes besondere Bestimmungen. Zwischen den in Betracht kommenden Gewerkschaften und den Abhängigen von Kartellverträgen. Möglichenfalls sollen Streitfragen durch ein Schiedsgericht geschlichtet werden.

Eine Störung erfährt der Grundsatz, daß der Beruf des Arbeiters für die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gewerkschaft entscheidend ist, auch durch den Umstand, daß es Gewerkschaften gibt, welche die Arbeiter des gleichen Betriebs umfassen ohne Rücksicht auf den Beruf, den der einzelne ausübt. Eine solche Gewerkschaft ist der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund als vollgültiges Mitglied angehört, und für den schon immer Ausnahmen zugelassen wurden. Die Position dieses Verbandes als einer Betriebsorganisation wird gestärkt, seitdem der auf dem gleichen Grundsatz aufgebaute Eisenbahner-Verband sich so kräftig entwickelt hat. Hierbei darf erwähnt werden, daß manche Zentralverbände, die nach dem Prinzip der Berufsorganisation aufgebaut sind, doch dem System der Betriebsorganisation starke Sympathien entgegenbringen.

Meinungsverschiedenheiten dieser Art sind allmählich aus Anlaß von Einzelfällen mehr aufgeschwemmt worden, als sachlich begründet war. Die „Grenzstreitigkeiten“ sind in der Geschichte der Gewerkschaften ein unheilbares Kapitel. Den richtigen Standpunkt zur vorurteilslosen Betrachtung des Einzelfalles findet man, wenn man sich vergegenwärtigt, daß das rasch pulsierende Leben sich nicht in starre Paragraphen fassen läßt. Die Grenzen zwischen den verschiedenen Berufen fließen und sind Veränderungen unterworfen. Bei allseitiger guter Willen wird es aber immer möglich sein, einen Weg für die freundschaftliche Auseinandersetzung zwischen den Organisationen zu finden.

Dieses Thema der Grenzstreitigkeiten ist aber wesentlich verschieden von dem Streit um die Organisationsform, der neuerdings wieder höhere Wogen schlägt. Da werden die sonderbarsten Vorschläge gemacht. Leute, die sich früher um die Gewerkschaftsbewegung nicht gekümmert haben, fühlen nun plötzlich den Beruf zum Reformator der Gewerkschaften in sich. Mit dem Anspruch, als Entdecker ganz neuer Ideen geehrt zu werden, suchen sie den Gewerkschaften Wege zu weisen, die schon vor einem halben Jahrhundert als ungangbar abgelehnt wurden. Es hat wirklich keinen Zweck, sich heute noch über Fragen auseinanderzusetzen, wie Schaffung einer Einheitsgewerkschaft oder Verbindung von Organisationen, die sich auf der einen Seite den Betrieb beschränken. Auch die Frage: Zentralverband oder Lokalorganisation? ist kein Gegenstand, über den man heute noch ernstlich diskutiert. Ein anderes Moment aber ist es, das uns zwingt, erneut zu prüfen, ob die Grundlagen unserer gewerkschaftlichen Organisation noch den heutigen Anforderungen genügen oder ob eine Änderung notwendig ist. Das sind die Fragen, die mit dem Aufgabebereich der Betriebsräte und dem Problem der Sozialistenerziehung zusammenhängen.

Als die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte erörtert wurde, stellte sich sofort heraus, daß eine Gliederung, die den bestehenden Gewerkschaften entspricht, nicht möglich ist. Schon das Betriebsrätegesetz geht von dem Betrieb aus und stellt eine gemeinsame Vertretung aller Arbeiter des gleichen Betriebes vor, ohne Rücksicht auf die in dem Betrieb vertretenen Berufe. Es bestimmt auch, daß der Arbeiterrat und der Angestelltenrat, als die Vertretungen der Hand- und Kopfschneider, zur Erfüllung gewisser Aufgaben im Betriebsrat zusammengefaßt werden. Daraus folgt, daß man bei der organisatorischen Zusammenfassung der Betriebsräte von solchen Gesichtspunkten absehen muß. Hier bedarf es nun der Frage, ob es nicht wünschenswert ist, die Gewerkschaften in der gleichen Weise aufzubauen. Für diesen Gedanken sprechen gute Gründe, es sind aber zum mindesten ebenbürtige Gründe, welche die Beibehaltung des bisherigen Systems empfehlen, das die Gewerkschaften nach dem Beruf und nicht nach dem Industriezweig gliedert.

Der Berufsorganisation (und auf der gleichen Stufe mit dieser steht der durch Zusammenbau verwandter Berufsorganisationen gebildete Industrieverband) und in hohem Maße die von den Gewerkschaften erzielten Erfolge zu danken. Bei den Lohnbewegungen gehen hier die qualifizierten Arbeiter voran, auf Grund ihrer Leistungen können sie Forderungen erheben und durchsetzen, die dann in entsprechender Weise auch den der gleichen Organisation angehörenden ungelerneten Arbeitern zugute kommen. Dies Moment dürfte, ohne daß man sich vielleicht dessen noch bewußt war, der Berufsorganisation die beherrschende Stellung verschafft haben. Zwischen den verschiedenen Berufsorganisationen entsteht ein gewisser Wettbewerb, der für die gewerkschaftliche Tätigkeit und für den gewerkschaftlichen Erfolg nur von Vorteil war. Dagegen könnte eingewendet werden, daß das heute nicht mehr in vollem Maße zutrifft und dieser Vorzug der Berufsorganisation zurücktreten gegenüber dem Vorteil, den es bietet, wenn die Gewerkschaften und die Betriebsräte in gleicher Weise organisiert werden. Die Berechtigung dieser Argumente soll in einem zweiten Aufsatz untersucht werden.

### Der Beschäftigungsgrad in den Großbetrieben der Holzindustrie.

An der monatlichen Erhebung über den Beschäftigungsgrad sind 154 Betriebe angeschlossen, von denen für den September 149 berichtet haben. Im Berichtsmonat waren zwei Betriebe stillgelegt. Im August waren fünf Betriebe von der Erhebung betroffen. Über die Ergebnisse der eingegangenen Berichte unterrichtet die folgende Tabelle:

Berufszweig	Beschäftigte im Monat	Beschäftigung im August		Beschäftigung im September										
		absolut	prozent	absolut	prozent									
Möbel	57	5154	104	118	234	1	160	2	232	11	1545	23	3317	
Sau und Möbel	10	1828	68	30	500	—	—	1	585	3	735	4	514	
Reihe Möbel	2	283	00	19	53	—	—	—	—	—	1	180	1	159
Fugensäbels	2	274	—	24	44	—	—	—	—	—	—	—	2	284
Sau	4	336	—	18	204	—	—	1	180	1	44	2	388	
Schleife	11	1184	—	13	165	—	—	3	30	2	504	—	623	
Pianos u. Flügel	18	8961	42	37	1546	—	—	3	282	4	225	12	2533	
Consol. Musikinstr.	4	702	34	150	576	—	—	—	—	—	—	—	4	700
Säulen u. Pfeiler	18	3204	56	8	912	—	—	1	214	6	1542	6	1449	
Bleistifte	4	1738	10	2	80	—	—	—	—	—	4	1738	—	—
Besten	7	1927	44	26	411	—	—	2	470	4	1451	1	66	
Edelwerte	16	2143	84	71	367	—	—	6	956	6	1010	3	177	
Waggons	4	6191	16	85	66	—	—	3	1414	4	1747	—	—	
Sport- u. Kinderw.	2	576	23	147	457	—	—	—	—	—	—	—	2	576
Automobile	3	242	—	26	58	—	—	1	10	—	—	—	2	183
Handmaschinen	3	1117	4	7	207	—	—	1	197	3	530	2	380	
Zusammen	144	29774	518	724	3487	1	160	23	4792	55	11658	70	11468	
Son. Vormonat	141	2418	678	553	3021	2	306	17	341	38	11054	52	4541	

Im Vergleich zum Vormonat ist die Zahl der Entlassenen größer geworden, dagegen hat sich die der Eingestellten vermindert. Dementsprechend ist die Zahl der Beschäftigten kleiner und die der leeren Plätze größer als im August. Hiernach zu urteilen, hat die Beschäftigung im Monat September eine weitere Verschlechterung erfahren. Die nachfolgende Übersicht zeigt, wieviel von je 100 Beschäftigten in jeder Branche auf Betriebe mit sehr gutem, gutem, befriedigendem und schlechtem Beschäftigungsgrad entfallen:

Berufszweig	September 1920				August 1920				September 1919						
	sehr gut	gut	befriedigend	schlecht	sehr gut	gut	befriedigend	schlecht	sehr gut	gut	befriedigend	schlecht			
Möbel	3,1	4,5	50,9	62,4	—	—	—	—	6,0	13,4	78,1	62,7	44,7	2,4	—
Sau und Möbel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reihe Möbel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Fugensäbels	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schleife	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Pianos u. Flügel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Consol. Musikinstr.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Säulen u. Pfeiler	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bleistifte	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Besten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Edelwerte	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Waggons	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sport- u. Kinderw.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Automobile	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Handmaschinen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	6,9	17,1	41,5	60,1	4,3	11,8	57,7	64,4	44,8	21,1	57	—	—	—	—

Ein Vergleich mit dem Vormonat zeigt bei einigen Branchen eine leichte Besserung, so in der Möbelfabrikation, wo sogar wieder, wenn auch in sehr bescheidenem Umfang, sehr guter Beschäftigungsgrad erscheint. Auch in anderen Berufszweigen, wie bei Bau- und Möbelwerkzeug, Schleife usw., hat sich der Prozentlag der Arbeiter, der auf Betriebe mit schlechtem Beschäftigungsgrad entfällt, etwas verringert, und entsprechend haben die besseren Noten Zuwachs erhalten. Die Verschiebungen sind aber im allgemeinen nur gering. Entscheidend ist die Besserung in den Pianofabrikanten und in der Säulen- und Pfeilerindustrie, dagegen zeigen die Bleistift- eine auffällige Verschlechterung. Im ganzen kamen im September 17,7 Prozent der erfassten Arbeiter auf Betriebe mit sehr gutem und gutem Beschäftigungsgrad gegen 15,7 Prozent im August. Man könnte das als Zeichen einer beginnenden Besserung deuten. Diese Auffassung erhält eine Bestätigung durch die Feststellung, daß auch die Zahl der verfügbaren arbeitsfähigen Betriebe eine Veränderung erfahren hat. Im August haben 72 Betriebe mit 15340 Arbeitern verfügbare gearbeitet, im September waren es noch 67 Betriebe mit 12505 Arbeitern. Mit man zu diesen Angaben einer beginnenden Besserung die oben festgestellte Tatsache einer Verminderung der Zahl der Beschäftigten, dann kann man vielleicht daraus den Schluß ziehen, daß die Betriebe zwar den Arbeiterstand vermindert haben, aber mit dem verbleibenden Personal zufrieden arbeiten.

Es sprechen übrigens auch andere Momente für einen sich abzeichnenden Umschwung. So wird neuerdings gemeldet, daß die Pianoforte- und Musikinstrumentenindustrie gut mit Auftragsbestellungen versehen sei. Aus unserer Übersicht geht das noch nicht deutlich hervor, das wird wohl erst in den nächsten Berichten in Erscheinung treten, und verifiziert werden. Wie dann auch aus anderen Berufszweigen von einer Besserung des Beschäftigungsgrades berichten können. Wie sehen die Entwick-



Konnte, ist sie in der Werkstatt eingewickelt worden. Hier muß nun die lange, kranke Familie hausen. Dieser Fall zeigt erneut, daß ohne Erkundung bei den Ortsverwaltungen und ohne ihre Zustimmung eine neue Arbeitsstelle nicht ausgemacht werden darf, wenn die Kollegen nicht großen Schaden erleiden wollen.

Köln. In der Rheinischen Zeitung veröffentlicht unser Kollege Buse eine Erklärung gegen den Kölner Angestellten des christlichen Holzarbeiter-Verbandes, die die Agitationsmethoden der Christen kennzeichnet. Es handelt sich um folgendes: Im vorigen Jahre wurden die Sägereiarbeiter mit ihrer Lohnforderung vom Schlichtungsausschuß abgewiesen mit der Begründung, daß in der Zeit vom Mai bis Juli keine wesentliche Verteuerung der Lebenshaltung eingetreten sei. Das stimmte natürlich nicht, und die Entscheidung des Schlichtungsausschusses war um so unrichtiger, als die Stundenlöhne der Sägereiarbeiter nur 1,65 Mk. bis 1,85 Mk. betragen. Die Kollegen waren also mit Recht empört über die Entscheidung des Schlichtungsausschusses. Diese Erregung suchte der christliche Angestellte für seinen Verband auszunutzen, indem er öffentlich erzählte, das Mitglied des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes Buse sei schuld am diesem Ausgang der Lohnbewegung, denn Buse habe in einer geheimen Sitzung erklärt, bewilligen wir den Sägereiarbeitern eine Lohnerhöhung, so wird die übrige Industrie mit Lohnforderungen folgen. Obwohl Buse gleich damals die Richtigkeit dieser Behauptung bestritten hat, wiederholt der Christ seine Behauptung in einem Flugblatt und macht auch unseren Verband verantwortlich. Unser Kollege Buse wendet sich jetzt erneut gegen den christlichen Angestellten und nennt ihn einen systematischen Ehrabschneider und Verteilungsfahndler, der entweder seine Behauptung widerlegt oder dafür einwandfreie Beweise erbringt. Der Christ wird sich ja nun bemühen müssen, in seine Agitationsleiter eine andere Walze einzufressen.

Düsseldorf. In einer von über 200 Kollegen und Kolleginnen besuchten Versammlung am 22. Oktober hielt unser Gewerkschafts-Kollege Fischer (Stuttart), einen lehrreichen Vortrag über die Wirkungen der Wirtschaftskrise und die Aufgaben der Gewerkschaften. Redner schilderte die Ursachen der Krise und die Maßnahmen des Verbandes, der Holzindustrie eine gesündere und neue Grundlage zu geben. Das gesamte Unternehmertum habe sich mit voller Kraft gegen die Gemeinwohlpolitik in der Holzindustrie gewendet. Um so mehr haben wir nun die Pflicht, für die Durchführung unserer Forderungen zu streifen. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wird uns in den nächsten Wochen große Kämpfe aufzuwingen. Unterstützt von den Unternehmern aller Industrien, wollen die Unternehmern der Holzindustrie an einen Abbau der Löhne und eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse gehen. Die Einigkeit und Geschlossenheit aller Holzarbeiter im Deutschen Holzarbeiter-Verband wird aber auch in Zukunft uns den Sieg bringen. In der Diskussion fand der Redner volle Zustimmung.

München (Weiter). Bei der allgemeinen Bewegung im Frühjahr hatten die meisten Unternehmer uns eine Lohnzulage vom 6. April an zugesagt. Die Höhe der Zulage sollte sich nach dem Ergebnis der zentralen Verhandlungen richten. Als diese dann scheiterten, einigten wir uns auf eine Zulage von 40 Pf. und 48 Pf. Die Unternehmer wollten diese Zulage vom 1. Oktober an zahlen, während wir, entsprechend der früheren Vereinbarung, die Zahlung vom 6. April an verlangten. Da eine Einigung nicht zustande kam, gingen wir an den Schlichtungsausschuß, der zu unseren Gunsten entschied. Auch der Gewerkschafts-Kommisär gab uns recht und erklärte den Schlichtungsausschuß trotz des Anspruchs der Unternehmer für verbindlich. Als die Unternehmer auch jetzt noch nicht zahlen, rechnen wir Klage beim Amtsgericht ein. Dieses entschied, daß der Schlichtungsausschuß und die Verbindlichkeitsklärung zu Recht existieren und die Firma wurde zur Nachzahlung der geschuldeten Summe und zur Tragung der Kosten verurteilt. Deutlich hat die Unternehmung nun zugegeben. Bezeichnend an der Entscheidung vor allem, daß die Unternehmer nicht einmüßig anerkennen wollten, was sie mündlich und schriftlich zugesagt hatten.

Nürnberg. Gleich die Firma Wolf u. Co. in Klein-Ostlöh während des Streikes und auch nach Beendigung desselben die Unternehmung verweigern konnte, versuchte sie, beim Nachlassen der letzten Kaputtarbeit sofort den Arbeitern den Lohn zu kürzen, und was ihr das nicht gelingen ließ, und mußte, wurde auf die Straße geschoben. Dieser Vorgang der Firma hatte eine ganze Anzahl Kollegen vor dem Gewerbeamt zur Folge, wo die Firma in allen Fällen verurteilt wurde, den Arbeitern die Lohnzulage in Höhe von 24,67 Mk. bis 60,17 Mk. zu zahlen. Auch wurde vom Gewerbeamt festgestellt, daß die ausgesetzten Arbeiter als Facharbeiter zu gelten und auch denselben Lohn zu erhalten haben. Weiter wurde festgestellt, daß die Firma auch zur Einhaltung des abgeschlossenen Vertrages verpflichtet ist, auch wenn sie aus der Arbeitgeberorganisation ausgetreten ist. Ferner wurde der Vorsitzende und ein weiterer Mitglied des Betriebsrats ohne jeden Grund entlassen. Auch hier wurde die Firma verurteilt, den Vorsitzenden des Betriebsrates wieder anzustellen und ihm den entsprechenden Lohn zu zahlen. Das Betriebsratsmitglied verurteilt auf die Wiederanstellung und erhielt 450 Mk. Das alles hätte die Firma aber nicht ab, weiter nach dem Grundgesetz zu handeln: Wer sich nicht fügt, der fliegt. Die Arbeiter sind nicht zu übersehen, und sie wird auch Herr Wolf zwingen, abgeschlossene Verträge einzubalten.

Schneide. Die Maschinenindustrie war im Oktober in steigendem Maße beschäftigt, so daß die Arbeitslosen auf dem Markt der Reichsleistung. Die Einzelbranche geht besonders auf die Metallindustrie zu. Die Arbeiter wurden in Einzelarbeiten der Maschinenindustrie wurden nach dreimonatiger Streik zum Teil bewilligt, zum Teil soll das Oberhaupt der Arbeiter, Herr Schmidt, auch 200 Arbeiterarbeiten ausbezahlt werden. Herr Schmidt, daß die allgemeine Bewegung keine Dauer haben könne, bestätigt sich jetzt. Für die nächste Zeit wird bereits wieder von zwei Gewerkschaften der Metallindustrie angekündigt. Von den Sägereiarbeitern sind noch keine Verhandlungen im Gange.

Stettin (H. G. G.). In Stettin fand am 15. Oktober nach dem Streik der Eisenbahner ein großer Versammlung der Kollegen Richard Müller, Hülfer, Schlichter, welcher in dem Kollegen einen tüchtigen Anführer und einen treuen Verbandsführer. Der Streik hat uns um so schwerer, als auch bei uns in der nächsten Woche der Streik angekündigt wird, was in letzter Zeit häufig der Fall war, so daß wir nicht erreicht werden konnte.

### Unsere Lohnbewegung.

In Berlin wurde für die StocKarbeiter im Juli ein Schlichtungsausschuß gebildet, um dessen Durchführung bis jetzt gestoppt werden mußte. Bei den 1. Verhandlungen wurden vom 1. September an Lohnzulagen von 60 Pf. und 40 Pf. und eine Erhöhung der Altkordpreise um 20 Prozent zugesagt. Diese Zugeständnisse wurden von den Kollegen als zu gering abgelehnt. Eine nochmalige Verhandlung führte zu folgender Vereinbarung: Alle Facharbeiter erhalten ab 1. September 70 Pf., Hilfsarbeiter, Facharbeiterinnen und Hilfsarbeiterinnen 50 Pf. Lohnzulage pro Stunde. Alle im Lohn beschäftigten Personen müssen die im Schlichtungsausschuß festgesetzten Mindestlöhne erreichen. Alle vereinbarten Altkordpreise werden ab 1. Oktober um 22 Prozent erhöht. Die Altkordarbeiter erhalten ferner eine Nachzahlung für den Monat September von 70 Pf. pro Arbeitsstunde. Die Vereinbarung ist inzwischen in allen Betrieben durchgeführt worden. Auch die weitere Vereinbarung mit den Unternehmern, alle zurzeit noch arbeitslosen StocKarbeiter wieder in die Betriebe zu bringen, ist von den Unternehmern durchgeführt worden.

In Berlin sind die Blasinstrumentenarbeiter der Firma Moritz seit Ende September im Streik. Der Grund zu diesem Vorgehen lag in der außerordentlich schlechten Entlohnung. Die im Frühjahr getroffene Lohnvereinbarung für die Musikinstrumentenarbeiter galt für diese Firma nicht. Während in den anderen Musikinstrumentenbetrieben der Durchschnittslohn 8 Mk. beträgt, wurden bei Moritz nur 3 bis 4 Mk. Stundenlohn gezahlt, nur zwei Kollegen erhielten den Tariflohn. Jeder Versuch, eine Lohnerhöhung zu erreichen, wurde mit der Entlassung bedroht. Ebenso scheiterte der wiederholt gemachte Versuch der Organisation, eine Aussprache mit der Firma herbeizuführen, an dem Starrsinn der Unternehmer. Bei dem Kampf im Frühjahr fand die Firma den Beistand der Behörden, jetzt will sie mit Hilfe der schwarzen Listen ihr Ziel, die Protokollmachung der Kollegen, erreichen. Die Kollegen der Blasinstrumentenindustrie im Reich eruchen wir, dafür zu sorgen, daß das Vorhaben der Firma nicht gelingt.

In Kattowitz stehen die Modellierarbeiter der Firma Dombinski im Streik. Da der Unternehmer versucht, Modellierarbeiter von auswärts heranzuziehen, eruchen wir die Kollegen, Arbeitsangebote abzulehnen.

In Köln wird seit dem 21. Oktober in den Goldbleichen- und Nachmachfabriken gestreikt. Die Ursache hierzu liegt in dem Nichtzustandekommen eines neuen Tarifvertrages sowie in dem zu geringen Angebot bei der Lohnerhöhung. Der alte Vertrag ist am 30. September abgelaufen, und seit dem 9. September schweben die Verhandlungen. Es wurde die Anerkennung des Reichstarifs für das Deutsche Holzgewerbe mit einer Erhöhung des Durchschnittslohn um 15 Pf. (von 5,95 Mk. auf 6,10 Mk.) gefordert. Die Unternehmer lehnten ein Verhandeln auf dieser Grundlage ab. Der Schlichtungsausschuß wies unseren Antrag auf Anerkennung des Reichstarifs ab und verwies die Sache an die Parteien zurück. Darauf reichten wir den Unternehmern eine neue Vorlage ein, welche in Form eines Sondervertrages die einschlägigen Paragraphen des Reichstarifs sowie die bisherige Forderung von 6,10 Mk. Durchschnittslohn enthielt. Auch dies lehnten die Unternehmer ab; bewilligen wollten sie 30 Pf. für Facharbeiter, 20 Pf. für Hilfsarbeiter und 10 Pf. für Arbeiterinnen pro Stunde, so daß im günstigsten Falle ein tariflicher Stundenlohn von 5,70 Mk. erreicht worden wäre. Bei einem nochmaligen Termin am Schlichtungsausschuß wurden 20 Pf. für die höchste Gruppe, also 5,90 Mk. bewilligt, aber in der Tariffrage kam nichts zustande. Im Streik stehen etwa 300 Kollegen und Kolleginnen.

In München ist es nach langwierigen Verhandlungen nun endlich zum Abschluß eines Tarifvertrages für die Bergarbeiter gekommen. Die Unternehmer sträubten sich mit allen Mitteln gegen den Abschluß eines Vertrages. Aber trotz aller Mittelzüge bei den Verhandlungen zwischen den Parteien wie vor dem Schlichtungsausschuß und Landes-einigungsamt mußten sie schließlich den Vertrag anerkennen. Der Mindeststundenlohn betrug ab 1. Oktober 5,50 Mk. Bei Arbeiten außerhalb der Werkstatt wird ein Zuschlag von 40 Pf. gezahlt. Ferner sind Montagszuschläge festgelegt und im übrigen gelten hierfür die Bestimmungen des Reichstarifs für das Holzgewerbe. Auch die Ferien richten sich nach dem Reichstarif. Bei Altkordarbeit sind 120 Prozent des vereinbarten Stundenlohnes garantiert. Für das Halten von Coeren Werkzeug werden 2 Mk. pro Woche gezahlt. Der Vertrag hat Gültigkeit bis zum 1. Oktober 1921. In den Kollegen und Kolleginnen liegt es nun, für die reifliche Durchführung des Vertrages zu sorgen und Vertragsverletzungen der Ortsverwaltung sofort anzuzeigen.

### Gewerkschaftliches.

#### Die kommunistischen Zellen.

Auf dem Mitte Oktober in Halle abgehaltenen Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat sich diese Partei gespalten. Die Mehrheit der Delegierten bekannte sich zur Diktatur und gelobte, sich den von Moskau kommenden Befehlen zu unterwerfen. Diese verlangen unter anderem eine Änderung des Parteiprogramms; die der Moskauer Internationale angeschlossenen Parteien müssen die „Kommunistische Partei“ nennen. Aus Opportunitätsgründen haben die auf Moskau schwörenden „Unabhängigen“ diese Vorschrift noch nicht erfüllt. Sie nennen sich weiter U. S. D., um damit Verwechslungen hervorzurufen.

Obgegen sind sie bereits eifrig am Werk, einen anderen Punkt des Moskauer Diktats zu erfüllen, nämlich den, der ihnen aufzählt, „Kommunistische Zellen“ in den Gewerkschaften zu organisieren. Diesen Zellen ist die Aufgabe zugewiesen, die Gewerkschaften ihren Zwecken zu entfremden und sie zu Organen der unter der Moskauer Oberleitung stehenden kommunistischen Partei zu machen. Bisher ist schon dieser Zellenbildung vorgetrieben worden, jetzt geht man offener zu Werk. Wie das geschah, zeigt der folgende Beschluß, den der Verein der Moskaueranhänger in Halle, der sich immer noch „Sozialdemokratischer Verein“ nennt, am 21. Oktober gefaßt hat:

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Halle-Saalkreis (U. S. D.) verpflichtet ihre Mitglieder, in den Gewerkschaften für ein Kares Zellen Komitee zur K. Internationale von allen Vorstandsmitgliedern der einzelnen Gewerkschaften sowie der Kartellvertreter sofort Sorge zu tragen.

diesem Gewerkschaftsfunktionär, welche uns politisch bekämpfen, aber sofort zu veranlassen, ihre Posten niederzulegen. Der kommende Entscheidungstakt erlaubt uns auch in den Gewerkschaften und im Kartell nicht, Konterrevolutionären die Interessen der Arbeiterklasse auszuliefern. Zur Durchführung der sozialen Revolution braucht die Arbeiterklasse nur entschiedene Kämpfer und keine flehentlichen Bureaucraten. Die Mitglieder der Gewerkschaften aber werden verpflichtet, in ihrer Gewerkschaft als tätige Träger der K. Internationale kommunistische Zellen zu bilden mit dem Ziele, die Gewerkschaften zu erobern nach den Thesen der K. Internationale.

In ähnlicher Weise wird auch an anderen Stellen vorgegangen. In Eisen und in Duisburg haben die Kommunisten anscheinend zunächst den Transportarbeiterverband als geeignetes Objekt erkoren. Durch Rundschreiben und Inserate werden die geeigneten Kräfte gesucht, die sich nach Moskauer Rezept zu kommunistischen Zellen zusammenschließen sollen. Es wird aber dabei nicht bleiben, zweifellos werden wir die gleichen Erscheinungen auch bald in anderen Gewerkschaften finden. Die Bildung besonderer Fraktionen in den Gewerkschaften ist leider keine neue Erscheinung; sie hat eingeleitet mit der Spaltung der Sozialdemokratischen Partei. Der Gewerkschaftsbewegung gereicht eine solche Zerklüftung nicht zum Vorteil, und man könnte nur wünschen, daß sie recht bald wieder verschwände. Was jetzt auf Grund des Moskauer Diktats unternommen wird, ist aber mehr als eine bloße Fraktionsbildung, bei der es sich darum handelt, unter Wahrung des Gewerkschaftszweckes die einschlagende Taktik der Gewerkschaften zu beeinflussen. Die kommunistischen Zellen wollen die Gewerkschaften zu Filialen der kommunistischen Partei umgestalten; ein Unternehmen, das zwar nie gelingen kann, aber notwendig zu schweren inneren Kämpfen innerhalb der Gewerkschaften führen müßte, wenn man es gewähren ließe. Will man die Schlagkraft der Gewerkschaften nicht untergraben, dann darf kein Zweifel darüber gelassen werden, daß der Minderarbeit der Moskauer Sendlinge mit aller Schärfe entgegengetreten wird.

#### Aus dem Metallarbeiter-Verband.

In den Tagen vom 28. bis 30. September fand eine Sitzung des erweiterten Beirats des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes statt, in der Fragen erörtert wurden, die auch außerhalb dieser Organisation Beachtung verdienen. In der Aussprache über die gegenwärtige Wirtschaftslage war von einem Berliner Vertreter eine Resolution vorgelegt worden, in welcher der Generalstreik als das Mittel bezeichnet wird, den Einfluß der Hand- und Kopfarbeiter auf die Gesetzgebung zu erringen, um das Recht der Betriebsräte auf die Gestaltung der Presse gesetzlich festzulegen. Diese Resolution wurde mit großer Mehrheit abgelehnt und einer vom Verbandsvorstand vorgelegten Resolution zugestimmt, in welcher allen Verbandsmitgliedern die Pflicht auferlegt wird, „jede Versuch einer Zersplitterung der gewerkschaftlichen Einheitsfront, von welcher Seite er auch kommen möge, auf das Schärfste zurückzuweisen“. Des weiteren wird in der Resolution ausgesprochen, daß den unter Ausschaltung der Gewerkschaften planlos inszenierten Streiks unbedingt Einhalt geboten werden muß.

Gegenstand der Aussprache war ferner das von der Berliner Verwaltung herausgegebene wöchentliche Mitteilungsblatt, in welchem in verbandsfähigender Weise gegen Einrichtungen des Verbandes polemisiert wird. Von einer Beschlußfassung wurde abgesehen, den Berliner Bevollmächtigten aber nahegelegt, dafür zu sorgen, daß derartige polemische Artikel unterbleiben. Der Vorsitzende, Brandes, erklärte hierbei, daß der Vorstand weitere Schritte unternehmen würde, wenn die Berliner nicht in dem gewünschten Sinne verfahren.

Der Metallarbeiter-Verband hat sich an dem Eisenwirtschaftsbund beteiligt, in dem er den zweiten Vorsitzenden stellt. Hiergegen wurde von dem Berliner Vertretern Einspruch erhoben, die geltend machten, daß diese Beteiligung dem Beschluß des letzten Verbandstages widerspreche, der die Arbeitsgemeinschaften abgelehnt habe. Die anderen Mitglieder des Beirats waren jedoch der Meinung, daß diese Frage nur von praktischen Erwägungen aus beurteilt werden könne, und diese sprächen durchaus für die Beteiligung. Durch sie gewinnen die Arbeiter erst Einblick in die verwickelte und weitverastete Industrie. Sie haben hier die Möglichkeit, an der Versorgung der weiterverarbeitenden Industrie mit Eisen mitzuwirken. Ein Vertreter erklärte sogar auf Grund der im Eisenwirtschaftsbund gewonnenen Erfahrungen, daß die Teilnahme des Verbandes auch dann notwendig wäre, wenn das einen teilweisen Abbau der Beschlüsse der Generalversammlung bedeuten würde. Der Verbandsvorsitzende, Dismann, vertrat jedoch die Ansicht, daß die Beteiligung an dem Eisenwirtschaftsbund in keiner Weise mit der Beteiligung an den auch von ihm bekämpften Arbeitsgemeinschaften etwas zu tun habe. In Übereinstimmung mit dieser Auffassung wurde die Beteiligung des Verbandes an dem Eisenwirtschaftsbund vom Beirat mit großer Mehrheit gebilligt.

Erwähnt sei schließlich noch der Beschluß des Beirats, die Beiträge zu erhöhen, um höhere Unterstufungen zahlen zu können. Die Wochenbeiträge sollen von 50 Pf., 1,20 Mk. und 2,20 Mk. auf 70 Pf., 1,70 Mk. und 3 Mk. erhöht werden. Dadurch soll ermöglicht werden, die Streikunterstützung in den drei Beitragsklassen auf 24 Mk., 36 Mk. und 60 Mk. wöchentlich zu erhöhen; auch die Fälle der Erwerbslosenunterstützung sollen eine Erhöhung um wöchentlich 1,20 Mk., 1,50 Mk. und 2 Mk. erfahren. Diese Finanzvorlage soll den Mitgliedern zur Urabstimmung unterbreitet werden.

#### Ein außerordentlicher Verbandstag der Eisenbahner.

Der Deutsche Eisenbahner-Verband hielt Mitte September in Dresden einen außerordentlichen Verbandstag ab. Der Verband hat sich in kurzer Zeit aus einem an Zahl und Bedeutung sehr kleinen Verband zu einer machtvollen Organisation entwickelt; er zählt heute weit über eine halbe Million Mitglieder. Wie in den meisten Gewerkschaften, so hat sich auch im Eisenbahner-Verband eine Opposition gebildet, die mit den Grundfragen und der Taktik des Verbandes nicht einverstanden ist. Im Eisenbahner-Verband hat die Opposition äußerlich ruhig und mit allen Mitteln für ihre Ansicht gearbeitet; und bei Beginn des Verbandstages schien es, als ob die Opposition die Mehrheit der Delegierten gewinnen würde. Die Taktik der

